



Jung, weiblich, befristet

Nachricht von Jutta Krellmann, 21. April 2017

Auswertung der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Aktuelle Daten zur befristeter Beschäftigung“, BT-Drs. 18/11761 (PDF) von Jutta Krellmann u.a. und der Fraktion DIE LINKE im Bundestag

Zusammenfassung:

Befristungen haben in den letzten 20 Jahren in allen Bundesländern deutlich zugenommen. Hauptbetroffene sind Frauen und junge Beschäftigte – ein Drittel arbeitet unterhalb der Niedriglohnschwelle.

In fast allen Bundesländern sind Frauen und junge Beschäftigte am stärksten von Befristungen betroffen. In acht Bundesländern erfolgt sogar mehr als jede zweite Neueinstellung bei Frauen befristet. Der Anteil befristeter Beschäftigter, die für einen Niedriglohn von 10,36 Euro pro Stunde oder weniger arbeiten, ist mit 30,8 Prozent höher als der Durchschnitt aller abhängig Beschäftigten (20,6 Prozent) und ist fast dreimal so hoch wie der Anteil der Beschäftigten mit einem unbefristeten Vertrag (10,7 Prozent). Die Wirtschaftszweige »Erziehung und Unterricht«, »Gastgewerbe« und »Gesundheits- und Sozialwesen« sind Spitzenreiter bei Befristungen.

Der Anteil der sachgrundlosen Befristungen an allen Befristungen ist in den alten Bundesländern überdurchschnittlich hoch (48 Prozent in Deutschland): In Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Bayern haben mehr als die Hälfte der befristeten Arbeitsverträge keinen Sachgrund. Die Anzahl der sachgrundlosen Befristungen hat sich allein in Nordrhein-Westfalen fast vervierfacht: Von 94.000 im Jahr 2001 auf 353.000 im Jahr 2015.

Bei der Entwicklung befristeter Beschäftigung (1996 bis 2015) gibt es deutliche Unterschiede zwischen den alten und neuen Bundesländern. Während im Osten (inkl. Berlin) der Anteil befristeter Beschäftigung bereits 1996 hoch war (6,6 Prozent), dann aber in einigen Bundesländern bis 2015 gesunken oder nicht weiter angestiegen ist, war im Westen der Anteil 1996 zwar niedriger (3,2

Prozent), ist dafür aber bis 2015 deutlich angewachsen. In Nordrhein-Westfalen hat sich die Zahl von 219.000 auf 616.000 fast verdreifacht, in Hessen mehr als vervierfacht (von 51.000 auf 222.000) und in Bremen fast vervierfacht (von 9.000 auf 34.000).

Jutta Krellmann, gewerkschaftspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag:

„Befristete Arbeitsverträge wirken wie die Anti-Baby-Pille. Zukunftsplanung oder die Gründung einer Familie bedürfen jedoch der Sicherheit eines unbefristeten Jobs. Befristet Beschäftigte überlegen sich zweimal, ob sie Betriebsrat und Gewerkschaft offen unterstützen, um ihre Weiterbeschäftigung nicht zu gefährden. Befristungen schleifen das Arbeitsrecht. DIE LINKE will, dass das unbefristete Arbeitsverhältnis wieder die Regel wird. Ein erster Schritt dahin ist das Verbot der sachgrundlosen Befristung. Das will seit 2013 auch die SPD, verhindert aber im Bundestag genau dieses Verbot. Wenn Martin Schulz den Menschen im Wahlkampf 2017 erneut die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung verspricht, muss er sagen, mit wem er das umsetzen will. Denn mit der Union ist soziale Gerechtigkeit nicht zu machen.“

Ergebnisse im Einzelnen:

- Insgesamt gab es in Deutschland in 2015 2,8 Millionen befristet Beschäftigte. Die Zahl hat sich seit 1996 mehr als verdoppelt (von 1,3 Millionen). **Anteile befristeter Arbeitsverträge** an der Gesamtbeschäftigung in den Ländern im Jahr 2015: **vergleichsweise hoch** sind die Anteile in Berlin (9,7 Prozent), in Hamburg (9,7 Prozent) und in Mecklenburg-Vorpommern (8,9 Prozent); **vergleichsweise niedrig** sind sie in Rheinland-Pfalz (6,0 Prozent), Bayern (6,2 Prozent) und in Thüringen (6,7 Prozent) und (vgl. Antwort auf Frage 1).
- In den neuen Bundesländern inkl. Berlin war der Anteil der befristet Beschäftigten im Jahr 2015 höher als in den alten Bundesländern (7,9 Prozent in den neuen Ländern inkl. Berlin gegen 6,8 Prozent in den alten Ländern) (vgl. Antwort auf Frage 15).
- **Frauen werden häufiger befristet beschäftigt als Männer. Bei Frauen liegt der Anteil bei 7,6 Prozent, bei Männern mit 6,5 Prozent 1,2 Prozentpunkte niedriger:** Diese Diskrepanz ist in Bayern und Hamburg (jeweils 1,3 Prozentpunkte), Sachsen (1,9 Prozentpunkte) sowie in Nordrhein-Westfalen (1,4 Prozentpunkte) besonders ausgeprägt. In Berlin (0,2 Prozentpunkte) und Bremen (0,3 Prozentpunkte) sowie im Saarland (0,4 Prozentpunkte) ist der Unterschied zwischen den Geschlechtern kleiner (vgl. Antwort auf Frage 16).
- Während sich die Zahl der befristet Beschäftigten in den alten Bundesländern und in Berlin von 1996 bis 2015 jeweils mindestens verdoppelt hat, ist sie in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen gesunken, in Sachsen um 18 Prozent und Brandenburg auf das 1,4-fache gestiegen. (vgl. Antwort auf Frage 1)
- **Besonders hohe Zuwächse sind in folgenden Bundesländern** zu verzeichnen: in Hessen (mehr als vervierfacht von 51.000 auf 222.000), in Bremen (von 9.000 auf 34.000), NRW fast verdreifacht (von 219.000 auf 616.000) sowie in Bayern (von 156.000 auf 396.000), Baden-Württemberg (von 162.000 auf 389.000) und Hamburg (von 40.000 auf 104.000). Die Anteile waren im Westen 1996 in allen Bundesländern deutlich niedriger als im Osten (6,6 Prozent im Osten inkl. Berlin gegen 3,2 Prozent im Westen), dafür hat der Westen dann wesentlich stärker zugelegt (von 3,2% in 1996 auf 6,2 in 2015) (vgl. Antwort auf Frage 1 und 15).
- In Deutschland sind **15-24jährige mit 22,3 Prozent** (aller Berufstätigen) und **25-34jährige (13,1 Prozent)** besonders häufig befristet beschäftigt. Die Zahl für 15- 24jährigen ist mehr als

dreimal so hoch wie der Durchschnitt aller Altersgruppen (7,0 Prozent). Außerdem sind Ausländer mit 13,0 Prozent fast doppelt so häufig befristet wie deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger (6,3 Prozent) (vgl. Antwort auf Frage 17).

- Anteil der **befristeten Neueinstellungen an allen Neueinstellungen** im Jahr 2015: **vergleichsweise hoch** sind die Anteile in Mecklenburg-Vorpommern (55 Prozent), Brandenburg (52 Prozent), Hamburg (52 Prozent), Bremen (48 Prozent), Nordrhein-Westfalen (47 Prozent), Sachsen-Anhalt und Thüringen (je 45 Prozent); **vergleichsweise niedrig** in Bayern (32 Prozent), Sachsen (35 Prozent), Bremen (38 Prozent) und Rheinland-Pfalz (38 Prozent) (vgl. Antwort auf Frage 2).
- In allen Bundesländern ist der Anteil von **befristeten Neueinstellungen** an allen Neueinstellungen **bei Frauen** höher als bei Männern. In folgenden Bundesländern liegt der Anteil bei 50 Prozent oder höher: Brandenburg (58 Prozent), Mecklenburg-Vorpommern (57 Prozent), Bremen (57 Prozent), Hamburg (56 Prozent), Niedersachsen (52 Prozent), in Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt, Saarland und Hessen jeweils bei 51 Prozent. **Besonders groß ist die Differenz in Sachsen:** während der Anteil bei den Frauen bei 46 Prozent liegt, beträgt er bei den Männern nur 26 Prozent (vgl. Antwort auf Frage 2).
- Anteil der **Übernahme in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis** nach einer Befristung im Jahr 2015: **vergleichsweise niedrig** ist die Übernahmequote in Sachsen-Anhalt (31 Prozent), in Thüringen (32 Prozent) sowie Bremen (34 Prozent); **vergleichsweise hoch** ist sie in Mecklenburg-Vorpommern (50 Prozent), Hamburg (47 Prozent), Schleswig-Holstein (45 Prozent) (vgl. Antwort auf Frage 3).
- Bei den **Verlängerungen von befristeten Arbeitsverträgen** (es gibt einen weiteren befristeten Vertrag) liegen im Jahr 2015 insbesondere die östlichen Bundesländer, mit Ausnahme von Berlin und Niedersachsen, über dem Durchschnitt von 33 Prozent (vgl. Antwort auf Frage 4).
- Der Anteil der **sachgrundlosen Befristungen** an allen Befristungen ist in folgenden Bundesländern überdurchschnittlich hoch: Bremen (57 Prozent), Hamburg und Nordrhein-Westfalen (je 55 Prozent), Bayern (51 Prozent) und Rheinland-Pfalz (49 Prozent). In Nordrhein-Westfalen hat sich die Zahl der sachgrundlosen Befristungen von 2001 bis 2015 fast vervierfacht (von 94.000 auf 353.000) (vgl. Antwort auf Frage 7).
- Der **Anteil der befristet Beschäftigten, die für Niedriglöhne arbeiten** (10,36 Euro die Stunde oder weniger), ist mit 30,8 Prozent höher als der Durchschnitt aller abhängig Beschäftigten (20,6 Prozent) und fast dreimal so hoch wie der Anteil der Normalarbeitnehmer mit einem unbefristeten Vertrag (10,7 Prozent) (vgl. Antwort auf Frage 12).
- Im **Wirtschaftszweig** »Erziehung und Unterricht« (12,7 Prozent), »Gastgewerbe« (10,2 Prozent) und »Gesundheits- und Sozialwesen« (8,8 Prozent) werden Beschäftigte am häufigsten befristet, im »Grundstück- und Wohnungswesen« (2,8 Prozent), »Baugewerbe« (3,3 Prozent) und »Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden« (4,0 Prozent) dagegen am wenigsten (vgl. Antwort auf Frage 16).